

Wissenschaftliche Tagung „Armando Rodrigues de Sá - Der millionste Gastarbeiter, das Moped und die bundesdeutsche Einwanderungsgesellschaft.“ Köln-Deutz, 08. und 09. September 2004.

Beitrag von Antonio Muñoz Sánchez (DOMiT)

Von den Eigentümlichkeiten, aus einer Diktatur auszuwandern. Die spanische Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland.

Während die westeuropäischen Demokratien vom so genannten Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit profitierten, verharrte Spanien unter der Führung des Diktators Francisco Franco (1939 - 1975) aufgrund seiner politischen Isolation - und ausgeschlossen vom Marshall Plan - in einem Zustand wirtschaftlicher Unterentwicklung. Die Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg ermöglichte die langsame Rehabilitierung des franquistischen Regimes auf der Bühne internationaler Politik und mündete Ende der 50er Jahre in ein Modernisierungsprogramm mit der Öffnung des Landes für den Weltmarkt. Die Liberalisierungsmaßnahmen führten indes zum Zusammenbruch des rückständigen Landwirtschaftssektors, von dem zu diesem Zeitpunkt noch die Hälfte der spanischen Bevölkerung abhängig war. In der Folge kam es zu einer Landflucht von ca. 7 Millionen Menschen. Über 2 Millionen davon gingen nach Westeuropa. Sie stellten für Spanien "Sicherheitsventil und Bedingung sine qua non für die Entwicklung ohne wirtschaftliche und soziale Spannungen" dar.¹

Um die Migration nach Europa zu Gunsten der eigenen Wirtschaftsinteressen steuern zu können, suchte die spanische Regierung Abkommen mit verschiedenen Ländern abzuschließen. Ende der 50er Jahre weigerte sich Bonn zunächst diesem Wunsch Spaniens nachzukommen, da die Potentiale des Abkommens mit Italien noch nicht ausgeschöpft seien. Um Druck auf die deutsche Seite auszuüben, wandte sich die Spanische Botschaft direkt an deutsche Firmen, um selber die Anwerbung in Spanien zu organisieren. Im Herbst 1959 hatten bereits mehrere Firmen ihr Interesse angemeldet. Bevor der Start dieser irregulären Anwerbungsaktion die Beziehungen mit Spanien belasten konnte, bat das Auswärtige Amt das Bundesarbeitsministerium „mit Rücksicht auf die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Spanien“ dem Wunsch Madrids nach einem Anwerbungsvertrag zu entsprechen.² Sehr wahrscheinlich steht diese Position des Auswärtigen Amtes in Zusammenhang mit der Tatsache, dass wenige Tage zuvor der deutsche Außenminister und sein spanischer Amtskollege eine mündliche Abmachung trafen, der zufolge die Bundeswehr Stützpunkte in Spanien errichten konnte.³ Nachdem die Bundesregierung grünes Licht gab, wurden die Verhandlungen binnen kürzester Zeit aufgenommen und am 29. März 1960 mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Spanischen Staates über die Wanderung, Anwerbung und Vermittlung von spanischen Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen.⁴

¹ So der damalige höchstrangige Politiker für Migration Rengifo, vgl. Rengifo Calderón, Alvaro, *Emigration y economía*, Madrid 1966. S.11.

² Bundesarchiv Koblenz (BAK) B 149/22387, 27.11.1959.

³ Diese militärischen Verhandlungen scheiterten Monate später aufgrund der scharfen Reaktion verschiedener westlicher Länder nach dem Bekannt werden in der Presse, vgl. Aschmann, Birgit, „Treue Freunde..“? Westdeutschland und Spanien, 1945-1963, Stuttgart 1999, S. 362.

⁴ Steinert, Johannes-Dieter, *Migration und Politik. Westdeutschland-Europa- Übersee, 1945-196*], Osnabrück 1995, S. 290-299.

Die spanische Regierung glaubte nun, über das Instrument zu verfügen, das es ihr ermöglichte, die Auswanderung nach Deutschland kontrollieren zu können. Dabei ging es ihr vor allem darum, den Verlust von Facharbeitern zu vermeiden, die in Europa zwar sehr begehrt, gleichzeitig aber unverzichtbar waren für das Wachstum der nationalen Industrie Spaniens. Nachdem das Auswanderungsinstitut (Instituto Español de Emigración, TEE) Stellenangebote von der Deutschen Kommission (DK) in Madrid erhalten hatte, leitete es diese - je nach der Arbeitsmarktsituation und den Marktprognosen - an eine bestimmte Provinz weiter. Die Delegation des TEE in der ausgewählten Provinz rief die Bewerber dazu auf, sich vorzustellen. Diejenigen, die eine erste ärztliche Untersuchung bestanden hatten, mussten die Endauswahl abwarten, die vom Personal der Deutschen Kommission vorgenommen wurde. Diese wiederum reiste den Anweisungen des TEE folgend permanent durchs Land. Aufgrund des enormen zeitlichen Aufwandes der Anwerbung, die nicht selten bis zu einem halben Jahr dauerte, wurden von deutscher Seite regelmäßig Einwände gegen diese Vorgehensweise vorgebracht. Viele Firmen verloren ihr Interesse an der Anwerbung in Spanien, besonders nach der Krise von 1966/67. Andere Firmen rekrutierten weiterhin eigenmächtig in Spanien Arbeitskräfte, ohne die Deutsche Kommission zu konsultieren.⁵

Das restriktive Auswahlssystem in Spanien ging zu Lasten der Ausreisewilligen, die der Willkür der Diktatur nicht einmal im Auswanderungsprozess entkommen konnten. Diejenigen, die in einer Provinz lebten, in die das IEE kaum einmal Stellenangebote weiterleitete, sowie qualifizierte Facharbeiter oder Anwärter mit regimekritischer politischer Vergangenheit hatten kaum Aussichten, vom TEE akzeptiert zu werden. Diesen Kandidaten blieb nichts anderes übrig, als auf eigene Faust ins "Paradies Deutschland" zu gelangen.⁶ Das bedeutete, dass sie entweder versuchten, getarnt als Touristen nach Deutschland einzureisen und ihren Aufenthaltsstatus vor Ort zu regeln; dass sie einen Schlepper bezahlten⁷; oder sich um die persönliche Einladung einer deutschen Firma bemühten, mit deren Hilfe es möglich war in der deutschen Botschaft ein Visum zu erhalten.

Das Anfang der 60er Jahre ausgebrochene „Migrationsfieber“ überstieg die Kontrollmöglichkeiten der Regierung. Die Hälfte der zwischen 1960 und 1961 nach Deutschland gekommenen Spanier bewegte sich außerhalb der offiziellen Anwerbevereinbarungen, was sie nach dem spanischen Gesetz zu illegalen Migranten machte.⁸ Die spanische Regierung hob in der Folge einige Restriktionen auf, um die Anwerbung attraktiver zu machen; gleichzeitig setzte sie Deutschland weiterhin mit der Forderung unter Druck, die beschriebenen "irregulären" Einreisemöglichkeiten in die Bundesrepublik zu unterbinden. Begründet wurde dies mit der angeblichen Exklusivität des Anwerbevertrages. Obwohl die Etikette der

⁵ Andere Firmen schrieben direkt Personen in Spanien an um sie zu animieren, sich als Touristen auf den Weg nach Deutschland zu machen, wo die Firma dann die Reisekosten zurückerstatten würde. BAK B1 19/3065, 5.1. 1963.

⁶ Der Delegierte des IEE in der Provinz Castellon beklagte sich 1965, dass er seit fast einem Jahr keine Angebote aus der Madrider Zentrale bekommen habe, obwohl bei ihm über 1500 Kandidaten registriert seien, Archivo General de la Administracion, Alcalá de Henares, Trabajo, caja 23.354, 05.04.1965.

⁷ Anfang der 60er Jahre nahm ein Schlepper zwischen 1500 und 2000 Peseten, laut einer Aussage von Sixto Adán aus Castellon am 09.02.2005 in Dortmund.

⁸ Sanz Diaz, Carlos, Clandestinos, ilegales, Espontaneos... La emigración irregular de españoles a Alemania en el contexto de las relaciones hispano-alemanas, 1960-1973, (CFHRJ), Madrid 2004.

bilateralen Beziehungen die Rücksichtnahme auf innen- und wirtschaftspolitische Bedürfnisse Spaniens nahe legte, richtete sich die deutsche Regierung vor allem nach den Interessen ihrer eigenen Industrie. Sie war nicht bereit, das System der Visavergabe abzuschaffen; die Grenzen wurden für die spanischen "Touristen" nie "dicht" gemacht.⁹ Die Deutsche Kommission schlug dagegen Verbesserungen bezüglich des Anwerbeprozesses vor - wie die Zentralisierung in Madrid -, ohne jedoch auf allzu große Resonanz beim TEE zu stoßen.¹⁰ Schließlich mussten sich beide Partner mit einem Prozedere zufrieden geben, das weder die eine noch die andere Seite völlig zufrieden stellte. Zweifellos war die spanische Regierung insgesamt die am stärksten begünstigte Vertragspartei. Wie keinem anderen Anwerbeland gelang es Spanien, die Abwanderung nach Deutschland den eigenen wirtschaftspolitischen Interessen unterzuordnen.¹¹ Wie von den spanischen Behörden beabsichtigt, gingen wenige Facharbeiter nach Deutschland, so dass die große Mehrheit der Arbeitsmigranten aus den wirtschaftlich unterentwickelten Regionen Andalusiens und den Provinzen an der Grenze zu Portugal kamen.¹² Im Durchschnitt fuhren wöchentlich 800 Personen mit einem Jahresvertrag nach Deutschland, über 1/4 davon waren Frauen. Von Irun aus, wo sich zunächst alle spanischen Emigranten einfanden, brachte sie ein französischer Sonderzug direkt nach Köln, von wo aus sie auf das ganze Land verteilt wurden.¹³ Von den insgesamt 600.000 Arbeitskräften, die zwischen 1960 und 1973 nach Deutschland kamen, reisten etwa 400.000 als offiziell Angeworbene in diesen Zügen an. 1966 waren die Spanier - nach den Italienern und neben den Griechen - die zweitgrößte Migranten-Gruppe in der Bundesrepublik. Obwohl sich die Zahl der ausländischen Arbeiter nach der Rezession von 1966/67 innerhalb weniger Jahre verdoppelte, blieb der Anteil der spanischen Arbeitnehmer konstant, wenn auch die Kolonie insgesamt durch den Nachzug von Familienangehörigen wuchs. Die Tendenz zur Rückkehr war angesichts des spanischen Wirtschaftswachstums sehr stark. Zum Zeitpunkt des Anwerbstopps Ende 1973 waren bereits siebzig Prozent aller spanischen Arbeiter nach Spanien zurückgekehrt. Die Gesamtheit der spanischen Bevölkerung in Deutschland verringerte sich von 300.000 im Jahr 1973 auf 130.000 Ende der 80er Jahre. Je früher die Rückkehr erfolgte, desto stärker war die Tendenz, sich wieder in der Herkunftsregion anzusiedeln. Dies traf auf die große Mehrheit der in den 60er Jahren Zurückgekehrten zu. Diejenigen, die erst ab den 80er Jahren zurückkehrten, waren bereits dem Landleben entfremdet. Sie zogen vor allem in die Provinzhauptstädte und die am Mittelmeer gelegenen Städte.¹⁴ Manchen fiel die Wiederanpassung schwer. Auf ihre Initiative hin entstanden im ganzen Land Vereine für Rückkehrer.¹⁵

⁹ Anders als die Botschaft in Madrid, die Verständnis für die spanischen Interessen zeigte, war der Konsul in Barcelona der Meinung, die BRD solle die alternativen Wege fördern, um die strenge Kontrolle des IEE bei der Anwerbung zu umgehen, BAK B 149/6237, 12.8.1960 und 5.1.1961.

¹⁰ Die enge Zusammenarbeit zwischen spanischen und deutschen Behörden war nicht immer problemlos. Zwei Ärzte der DK wurden wegen einer Beschwerde des IEE in den Jahren 1960 und 1970 vom Dienst suspendiert, BAKB 11914076.

¹¹ Forschungsverbund „Probleme der Ausländerbeschäftigung“, Integrierter Endbericht, 1979, S. 92.

¹² Diese Regionen machten zusammen ein Drittel der spanischen Bevölkerung aus, trugen jedoch drei Viertel zur Gesamtheit aller Auswanderer nach Deutschland bei. Aus der Provinz Orense in Galizien kamen mit 50.000 die meisten offiziell angeworbenen Migranten. In einem seiner Bezirke schätzte man Mitte der 60er, dass 90 Prozent der Bauern zwischen 18 und 45 Jahren sich entweder im Ausland oder in den großen Städten Spaniens befanden, Archivo Provincial de Orense, 4095, 12.01.1966.

¹³ Die Reiseroute unterlag über die Jahre vielen Veränderungen, siehe: www.angekommen.com

¹⁴ Cazorla Perez, Jose, *Retorno al sur*, Madrid 1989.

¹⁵ Es existiert ein Bund der Rückkehrer-Vereine, www.losemigrantes.org

Das Bestreben der franquistischen Diktatur, Einfluss auf das Wanderungsgeschehen zu nehmen, endete keineswegs mit der Überquerung der Pyrenäen durch die Emigranten. Sorge bereitete der Regierung, die Emigranten könnten durch ihren Kontakt mit demokratischen Gesellschaften und vor allem mit antifranquistischen Organisationen im Ausland eine kritische Haltung gegenüber dem politischen System ihres Heimatlandes entwickeln. Es herrschte die Vorstellung vor, ein bedeutender Teil der Emigranten schliesse sich in den europäischen Hauptstädten gegen Franco zusammen. Dies hätte wiederum den Regierungen und der Öffentlichkeit in Europa deutlich gemacht, dass Spanien nicht über die soziale und politische Stabilität verfügte, die die Regierung in Madrid als Hauptargument für die spanische Integration in die europäische Gemeinschaft anführte. Angesichts dieser Bedenken erschien den spanischen Autoritäten Deutschland Anfang der 60er Jahre als ideales Ziel für spanische Auswanderer. Nicht nur, dass hier keine antifaschistischen Organisationen existierten - wie z.B. in Frankreich und Belgien seit den 40er Jahren -, sondern vor allem, weil das tiefkonservative und antikommunistische Milieu des Landes keine "Brutstätte" für deren Entwicklung bot.¹⁶ Um allen Eventualitäten vorzubeugen, nutzte das Franco-Regime die guten Strukturen der deutschen Administration, um den Emigranten eine umfassende Betreuung angedeihen zu lassen, die in Übereinstimmung mit den eigenen politischen Interessen stand. Hierbei spielte die Kirche eine zentrale Rolle, in der Hoffnung, auf die spanischen Emigranten den gleichen sozialen Einfluss geltend zu machen, wie sie ihn zu dieser Zeit in Spanien ausübte.¹⁷ Die eigentliche Sozialarbeit blieb in den Händen der deutschen Caritas, die ein Netz spanischer Sozialarbeiter aufbaute.¹⁸ Um zu vermeiden, dass die spanischen Arbeitnehmer den Kontakt mit den deutschen Gewerkschaften suchten, rief die spanische Botschaft die Institution der Arbeitsberater ins Leben, die nicht nur die spanischen Arbeitnehmer über zivil- und arbeitsrechtliche Fragen zu informieren hatten, sondern sie auch, wenn nötig, vor Gericht vertraten.¹⁹ Dieses umfassende Betreuungsnetzwerk schien in seiner Gesamtheit perfekt auf die Interessen der Regierung in Madrid abgestimmt. Und dennoch: Obwohl sich die spanischen Arbeitsmigranten von Seiten der spanischen Autoritäten Repressalien ausgesetzt sahen, begann die antifranquistische Bewegung mit Unterstützung der deutschen Gewerkschaften sehr bald zu wachsen. Mitte der 60er Jahre waren die Spanier in Bezug auf politische Aktivitäten und hinsichtlich der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften die aktivsten unter den in Deutschland lebenden Ausländern.²⁰ Die Antifranquisten, auch wenn sie immer eine Minderheit blieben, setzten ein deutliches Zeichen wachsenden Bewusstseins unter spanischen Migranten für die Vorteile des demokratischen Systems. Zwischen der Franco-Regierung und der Opposition kam es zur Konkurrenz, wer die Spanier in Deutschland für sich gewinnen würde. Die Botschaft in Bonn berichtet: "In Stuttgart [haben wir] die ‚Casa de Espania‘ [eingeweiht] und dieser Ort ist die beste

¹⁶ So der spanische Minister Joni Solis zum Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Anton Sähe/, Bericht der Deutschen Botschaft, BAK, B 149/6237, 14.4.60.

¹⁷ 1973 gab es bereits 91 spanische Missionen in Deutschland. Torga Llamedo, Alberto, Cuarenta años de la misión católica de lengua española de Nürnberg (1961-2001), Nürnberg o.D.

¹⁸ Die Sozialarbeiter waren mehrheitlich Spanierinnen. 1970 waren es etwa 70. Aguirre, Jüan Manuel, Boletín de Información del Trabajo Social con Españoles. Caritas, Sonderausgabe 30/1994.

¹⁹ Prieto Pelaez, Jesus, 'Digamc, cuáles son mis derechos? Historia de una institución española en la emigración. Las Oficinas Laborales Españolas en Alemania, unveröffentlichtes Manuskript.

²⁰ Im Jahr 1965 waren 1/3 der spanischen Metallarbeiter Mitglieder der IG Metall, ein Prozentsatz, der wesentlich höher lag bei den anderen Migrantengruppen. IG Metall, Geschäftsbericht der IG Metall 1965-1967, Frankfurt/M., 1968, 5. 106.

Verteidigung gegen antispanischen Angriffe. Dort zeigt man spanisches Kino, dort feiert man Feste, etc.; [auf diese Weise] werden die spanischen Arbeiter in Deutschland nicht von zersetzenden und gottlosen Ideen angesteckt. [In vielen Städten] sind die Bemühungen der [deutschen] Gewerkschaften, spanische Arbeiter an sich zu binden, offensichtlich. Die Gewerkschaften bringen den spanischen Kulturzentren keine Sympathie entgegen. [In einer ihrer Zeitungen für Spanier] kann man lesen: 'Wir glauben, dass die Bildung der Arbeiter, die auf deren Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zielt, wichtiger ist als Kultur- und Freizeitveranstaltungen der spanischen Zentren. Und dazu ist nun einmal mehr nötig, als eine Messe am Morgen, Fußball am Nachmittag und ein Pasodoble [Tanz] am Abend.' Es tut uns leid für den DGB, aber diese Botschaft wird weiterhin, in enger Zusammenarbeit mit den Missionen [der Caritas und den deutschen Autoritäten], umfassende Aktionen im Rahmen der spanischen Zentren durchführen."²¹ Die enorme Ausbreitung der Vereine auf Grund dieses politischen Hintergrundes und ihre große Akzeptanz unter den Spaniern trugen zur Absonderung der Gemeinde bei. Diese "Ghettoisierung"²² führte jedoch nicht zu einem Außenseiterdasein. Ganz im Gegenteil diente diese Entwicklung einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Spaniern, die in der Emigration viele ihrer Probleme teilten und die in der Gruppe gemeinsam Lösungen entwickelten. Eine der am weitesten verbreiteten Sorgen Ende der 60er war die um die Zukunft ihrer Kinder. Diese bewegten sich, wie auch die anderen ausländischen Schüler, zwischen einer wenig anspruchsvollen Ausbildung in ihrer Muttersprache, welche von den Konsulaten organisiert wurde, und einer ungenügenden Beteiligung am Unterricht in deutschen Schulen. Die Eltern erkannten, dass ihren Kindern so die Chance zum sozialen Aufstieg verbaut wurde. Dabei war gerade dies eines der zentralen Anliegen ihrer Auswanderung gewesen: den Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen. Die aktiven Mitglieder der spanischen Gemeinde und insbesondere die Kirche wirkten bei der Lösung dieses Problems wie "Hefe im Teig". In den sechziger Jahren durchlief die spanische Kirche eine stille Revolution, in deren Folge sie sich auf radikale Weise von der sie seit 1936 kennzeichnenden, ultrakonservativen Haltung und blinden Loyalität gegenüber Franco löste. Angespornt durch den Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils brachten sich viele gläubige Jugendliche, Geistliche und Laien in die Arbeit an der Basis ein. Vor allem in den Arbeitervierteln entwickelten sie ein Bewusstsein für soziale und politische Gerechtigkeit und nutzten ihre Struktur - die kirchennahen Organisationen waren die einzig Legalen in Spanien - um die Entwicklung einer Bürgerbewegung zu fordern. Soziales Engagement bewegte viele junge Pfarrer, sowie Arbeiter der Caritas und an der Basis arbeitende spanische Christen Ende der 60er Jahre in Deutschland. Im Rahmen der spanischen Zentren und Pfarreien wurden als Reaktion auf die Sorgen der Eltern Informationsveranstaltungen organisiert. Diese regten zum Gedankenaustausch an und mündeten in der Gründung von Vereinen, die der Durchführung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung ihrer Kinder dienten. In diesen Vereinen fanden sich die aktivsten Eltern wieder, die, unabhängig davon ob sie Christen waren oder nicht, wiederum die anderen mitrissen.²³ In der Absicht, diese spontane Bewegung zu

²¹ Bericht des Sozialattachés in Bonn, Enrique Sorribes Peris, an den Generalsekretär der Nationalbewegung, Jose Solls, AGA, OSF, 5386, 17.09.1962.

²² Rodriguez, Jesus, *El hombre como mercancía. Espanoles en Alemania*, Nürnberg 1976, 5. 192.

²³ In Münster mobilisierte Manuel Romano die spanischen Eltern, um beim Schulamt der Stadt die Abschaffung der Vorbereitungsklassen zu erreichen. Daraufhin wurden die spanischen Kinder je nach Alter voll in die deutsche Grundschule integriert. Um dem Lehrangebot folgen zu können, wurde für die Kinder nachmittags Ergänzungsunterricht angeboten, der von deutschen Pädagogikstudenten durchgeführt wurde. Interview mit Manuel Romano, Münster April 2005 (DOMiT-Archiv).

stärken und ihr sowohl eine zusammenhängende Struktur als auch einen soliden pädagogischen Rückhalt zu verleihen, gründeten die spanischen Missionen 1972 das Referat ‚Schule und Erwachsenenbildung‘, das den Elternvereinen den entscheidenden Anstoß geben sollte. Der Hauptverantwortliche des Referates bildete durch Veranstaltungen Multiplikatoren in ganz Deutschland aus.²⁴ Im November 1973, wenige Tage vor dem Inkrafttreten des Anwerbestopps, wurde auf einem Kongress der dreißig im Land existierenden Elternvertretungen der Entschluss gefasst, sich zusammenzuschließen und mit sofortiger Wirkung den „Bund Spanischer Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland“ zu gründen. Der Verbund wurde damit zur ersten großen Ausländerorganisation in Deutschland, die sich ausdrücklich Fragen der Integration widmete.²⁵ Von da an schritt der Ausbau dieser Organisation in rasantem Tempo voran. In dem engmaschigen Unterstützungsnetzwerk der Spanier verbreitete sich das Konzept von der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Beteiligung wie ein Lauffeuer. 1980 existierten bereits 125 Vereinigungen im ganzen Land, über 10.000 Familien waren ihre Mitglieder.

Die Elternvereine setzten sich für die Eingliederung der spanischen Kinder ins deutsche Schulsystem ein, indem man die Vorbereitungsklassen abschaffte und die Kinder vom Kindergartenalter an in die deutschen Institutionen schickte. Gleichzeitig sollten in ergänzenden Unterrichtseinheiten Kenntnisse der spanischen Sprache und Kultur vermittelt werden. Diese einfache Strategie erwies sich als erfolgreich. Nach und nach verbesserte sich - im Vergleich zu den anderen ausländischen Kindern - das schulische Niveau der spanischen Kinder und glich sich zunehmend dem Standard der deutschen Mitschüler an, die sie letztendlich sogar übertrafen. Die spanischen Migranten der zweiten Generation zeichnen sich folglich durch ihr hohes Bildungsniveau und ihre gute Integration in die deutsche Gesellschaft aus, die sich auch durch viele binationale Ehen bemerkbar macht. All das befreit sie nicht von dem inneren Konflikt, der darin besteht, dass sie in ihren beiden "Heimatländern" jeweils einem Teil ihrer Identität entsagen müssen, um vollständig akzeptiert zu werden.

²⁴ Sanchez Otero, Jose, Der Beitrag der spanischen Elternvereine zu einer proaktiven Integration der spanischen ArbeitsmigrantInnen in Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript, mit freundlicher Genehmigung des Verfassers.

²⁵ Für die besondere Leistung der Elternvereine überreichte der Bundespräsident Walter Scheel im Jahr 1975 das Verdienstkreuz 1. Klasse ihrem Vorsitzenden Manuel Romano.